

Germany-Friedberg (Hessen): Architectural, engineering and planning services

OJ S 163/2015 25/08/2015

Contract notice

Services

Directive 2004/18/EC

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Hessen, vertreten durch Hessisches Baumanagement,
Regionalniederlassung Mitte, CC Vergabe und Vertragswesen Friedberg

Postal address: Schützenrain 5-7

Town: Friedberg (Hessen)

Postal code: 61169

Country: Germany

E-mail: info.vof-fbg@hbm.hessen.de

Telephone: +49 60311670

Fax: +49 6031167126

Additional information can be obtained from:

the abovementioned address

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted: the abovementioned address

I.2. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.3. Main activity

General public services

I.4. Contract award on behalf of other contracting authorities

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

Section II: Object of the contract

II.1. Description

II.1.1. Title attributed to the contract by the contracting authority

VV.2501-04270346 – 04540183 Baulich-Technische Beratungsleistungen für das Public-Private-Partnership (PPP)-Projekt; „Energetische Sanierung der Liegenschaften III. Bereitschaftspolizeiabteilung Mühlheim und IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Kassel“.

II.1.2. Type of contract and place of performance or delivery

Services

Service category No 12: Architectural services; engineering services and integrated engineering services; urban planning and landscape engineering services; related scientific and technical consulting services; technical testing and analysis services

Main site or place of performance: Abraham-Lincoln-Straße 38-42, 65189 Wiesbaden.

NUTS code DE714 Wiesbaden, Kreisfreie Stadt

II.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The notice involves a public contract

II.1.4. Information about framework agreement

II.1.5. Short description of the contract or purchase(s)

Vollumfängliche baulich-technische Beratungsleistungen incl. der Außenanlagen (KG200 bis KG600) für das Public-Private-Partnership (PPP)-Projekt energetische Sanierung zweier Liegenschaften des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium (HBPP) in Mühlheim und in Kassel. Weitere Nutzer der Liegenschaften sind die Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) und die Polizeiakademie Hessen (HPA).

Die Beauftragung erfolgt stufenweise vorbehaltlich des Vorliegens der Haushaltsmittel. Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer mit Unterzeichnung dieses Vertrages die Leistungen nach Stufe 1.

Weitere Leistungen nach Stufe 2 bis 4 können einzeln oder im Ganzen übertragen werden.

Die Beratungsleistung für den Betrieb wird gesondert vergeben und ist nicht Gegenstand des Auftrages. Die Koordinations- und Integrationsverpflichtung der Beraterleistung Betrieb wird aber Gegenstand des Vertrages, dies beinhaltet die Abstimmung der Schnittstellen zwischen der baulich-technischen und der betrieblichen Beratungsleistung.

Finanzierungstechnische und wirtschaftliche Beratung sowie Rechtsberatung gehören nicht zu den Leistungen des Auftragnehmers.

Die zu erbringende Dienstleistung umfasst folgende Leistungen:

Stufe 1 – Leistungen im Rahmen der Erstellung der Vergabeunterlagen (Phase III.a) – (ca. 6 Monat).

Einarbeitung in die vorhandene Muster-Vertrags- und Vergabeunterlage (VVU) incl. der funktionalen Leistungsbeschreibung (ca. 2 DIN A4-Ordner).

Projektspezifische Anpassung der VVU (u. a. Einarbeiten des Bedarfs) für die Liegenschaften in Mühlheim und Kassel unter Berücksichtigung der Besonderheiten eines Sanierungs-PPP-Projektes und dem Umgang mit dem Bestand. Die spezifische Anpassung wird im Wesentlichen durch funktionale Vorgaben umgesetzt, in Teilbereichen aber auch durch konkrete Vorgaben.

Stufe 2 – Leistungen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs (Phase III.b) – (ca. 6 Monat).

Beantwortung von Bieterfragen im Teilnahmewettbewerb mit Zeitüberschneidung der Stufe 1.

Stufe 3 – Leistungen im Rahmen des Angebots- und Verhandlungsverfahrens (Phase III.c) – (ca. 18 Monate).

— Prüfen der Bieterangebote auf Übereinstimmung mit der VVU in Papier- und Dateiform z.

B.: Erfüllung der baulich-technischen Anforderungen, Soll-Ist-Vergleiche (z.B.

Raumprogramm) Einhaltung von bau- und planungsrechtlichen Festlegungen,

— Prüfung der angegebenen Baukosten (Formblätter),

— Formulierung von Aufklärungsfragen zur Auswertung der Angebote,

— Vorbereitung und Durchführung des Fachgremiums zur qualitativen Bewertung der Angebote,

— Mitwirkung im weiteren Verhandlungsverfahren incl. der baulich-technische Endauswertung der Angebote.

Stufe 4 – Leistungen im Rahmen des Vertragscontrollings während der Bauphase (Phase IV.)

– (ca. 36 Monate) Prüfung der Einhaltung der vertraglich vereinbarten Qualitäten und

Quantitäten unter Berücksichtigung der Implementierung des Betriebs zum Vertragsschluss mit dem Privaten Partner.

Allgemeines – Teilnahme an Besprechungen in den übertragenen Projektphasen incl.

Protokollführung.

Beschreibung des Projekts:

Energetische Sanierung der Liegenschaft der Bereitschaftspolizei in Mühlheim und der Liegenschaft der Bereitschaftspolizei in Kassel in Verbindung mit zusätzlichen Begleitmaßnahmen als PPP-Verfahren. Planung, Bau und Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen, sowie der Betrieb beider Liegenschaften sollen an ein privates Unternehmen im Rahmen eines PPP-Verfahrens vergeben werden.

Das Projekt wird im Rahmen des CO₂-Minderungs- und Effizienzprogrammes des Landes Hessen durchgeführt.

Das Projektziel bei der Sanierung der Liegenschaften besteht in der Erzielung von CO₂- und Energie-Einsparungen unter Berücksichtigung von Maßnahmen zur Ertüchtigung der Bausubstanz und funktionaler Änderungen.

- Energetische Maßnahmen,
- Nichtenergetische Maßnahmen aufgrund Baumängel (Funktionserhaltene Sanierung der Bausubstanz),
- Nichtenergetische Maßnahmen zur Funktions-/Nutzungsänderung (Optimierung der Funktionalität z. B. der zukünftigen Belegung).

Ein Bausubstanzgutachten sowie ein Energiekonzept liegen für beide Liegenschaften vor.
Liegenschaft Mühlheim:

Nutzung:

- III. Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung Mühlheim mit ca. 340 Bediensteten,
- Hochschule für Polizei und Verwaltung mit ca. 27 hauptamtlichen Lehrkräfte sowie 525 Studenten. Zudem sind ca. 73 weitere Lehrkräfte ohne eigenen Büroarbeitsplatz untergebracht,
- Hessische Polizeiakademie mit ca. 4 Mitarbeitern.

Gebäudebestand:

Die Gesamtliegenschaft besteht aus mehreren Gebäuden mit unterschiedlichen Nutzungen und Baujahren. Hier befinden sich Büro- und Verwaltungsgebäude, Schulungs- und Unterrichtsräume, Werkstätten, Sportstätten, eine Raumschießanlage, Munitionsbunker, Garagen, ein Kantinengebäude sowie eine Heizzentrale.

Die auf dem Gelände angeordneten 24 Gebäude mit Baujahren von 1897 bis 2006 sind überwiegend in Massivbauweise ausgeführt. Das Stabsgebäude (Baujahr 1895) ist dreigeschossig, ebenso wie das Lehrsaaalgebäude der Verwaltungsfachhochschule (1996) und das Mannschaftsgebäude 3 (1958). Die beiden anderen, jeweils U-förmig errichteten, Mannschaftsgebäude (1953 bzw. 1957, erweitert 1974) sind zweigeschossig. Ebenfalls zweigeschossig sind das Wachgebäude (1957) an der Haupteinfahrt und die Raumschießanlage (1994). Die Kantine (1997) und das Sozialgebäude (1997) sind eingeschossig. Darüber hinaus befinden sich auf dem Grundstück eine neu gebaute Sporthalle (2006), ein Gebäude für die Heizungsanlage (1999), ein Werkstattgebäude (1956) mit Anbau (1980), neun unterschiedlich große Garagengebäude (1951 bis 1965), ein Munitionsbunker (1905), ein kleines Wachhäuschen (2003) an der Behelfseinfahrt sowie ein Sportplatz mit Aschenbahn und ein Feuerlöschteich. Die Tankanlage wurde im Jahr 2006 bereits zurückgebaut.

Die Bruttogrundfläche (BGF) der Liegenschaft summiert sich auf ca. 38 600 m² bei einer Nettogrundfläche (NGF) von ca. 33 900 m².

Alle Gebäude und Gebäudeteile der Liegenschaft sind in einem, der Nutzung und dem Alter entsprechenden Allgemeinzustand.

Liegenschaft in Kassel:

Nutzung:

- IV. Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung Kassel mit ca. 150 Bediensteten,

- Hochschule für Polizei und Verwaltung mit ca. 26 hauptamtlichen Lehrkräften sowie 451 Studenten. Zudem sind ca. 80-100 weitere Lehrkräfte untergebracht. Ihnen steht insgesamt ein Büro mit einem Arbeitsplatz zur Verfügung,
- Hessische Polizeiakademie mit ca. 8 Mitarbeitern.

Gebäudebestand:

Die Bereitschaftspolizei Kassel befindet sich auf einem ca. 78 320 m² großen, landeseigenem Gelände. Auf dem Grundstück befindet sich ein Gebäudebestand aus verschiedenen Jahrzehnten (Baujahre: 1918 bis 2009), der wenig energetisch saniert wurde. Generell ist ein Sanierungsstau auszumachen. Insgesamt sind 15 der insgesamt 18 Gebäude beheizt. Als Gebäudetyp sind Polizeigebäude mit Verwaltungs-, Schulungs- und Unterkunftsgebäude, Sport- und Schwimmhalle, Garagen, Kantine und Raumschießanlage anzuführen. Zudem gehören noch ein Parkdeck und ein Sportplatz zur Liegenschaft. Die Bruttogrundfläche (BGF) der Liegenschaft beträgt ca. 41 380 m². Die einzelnen Gebäude der Liegenschaft werden über ein Nahwärmenetz mit Fernwärme der Stadtwerke Kassel versorgt.

Auf dem Gelände sind 3 unterschiedliche Nutzer auf ca. 36 400 m² Nettogrundfläche (NGF) untergebracht.

Allgemein ist ein baulicher Sanierungsstau festzustellen, die Gebäudeanlagentechnik ist größtenteils erneuerungsbedürftig.

II.1.6. CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services, 71315200 Building consultancy services, 71318000 Advisory and consultative engineering services, 71320000 Engineering design services, 71500000 Construction-related services, 71530000 Construction consultancy services, 71541000 Construction project management services

II.1.7. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

II.1.8. Lots

This contract is divided into lots: no

II.1.9. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2. Scope of the procurement

II.2.1. Total quantity or scope

Baulich-Technische Beratungsleistungen für das Public-Private-Partnership (PPP)-Projekt, „Energetische Sanierung der Liegenschaften III. Bereitschaftspolizeiabteilung Mühlheim und IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Kassel“, Stufe 1-4 gemäß II.1.5) – Die Beauftragung erfolgt stufenweise vorbehaltlich des Vorliegens der Haushaltsmittel.

II.2.2. Information about options

Options: yes

Description of options: Weitere Leistungen nach Stufe 2 bis 4 können einzeln oder im Ganzen übertragen werden.

II.2.3. Information about renewals

II.3. Duration of the contract or time limit for completion

Duration in months: 60 (from the award of the contract)

III.1. Conditions related to the contract

III.1.1. Deposits and guarantees required

Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Deckungssummen 3 000 000 EUR für Personenschäden und 5 000 000 EUR für sonstige Schäden, mind. je 2-fach maximiert im Versicherungsjahr. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

III.1.2. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Die Zahlungsbedingungen lauten wie folgt:

Der Auftragnehmer kann Abschlagszahlungen in Höhe von 95 % der Vergütung für vollständig erbrachte Teilleistungen entsprechend den beschriebenen Leistungen des Auftragnehmers auf Nachweis und Vorlage einer prüfbaren Rechnung verlangen.

Der Auftragnehmer hat die prüfbare Schlussrechnung innerhalb von 2 Monaten nach vollständiger Erbringung aller beauftragten Leistungen zu stellen.

Die Ausgaben des Auftraggebers unterliegen der Rechnungsprüfung durch die zuständigen Rechnungsprüfungsstellen und den Rechnungshof. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des Auftraggebers vom Ergebnis der Rechnungsprüfung. Der Auftragnehmer muss bis zum Ablauf dieser Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung dieser ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.

Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (vgl. § 247 BGB) zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

III.1.3. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Bewerbergemeinschaften sind zulässig.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Eine entsprechende und von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichnete Erklärung, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter aufgezeigt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt, ist der Bewerbung beizulegen. Bewerbergemeinschaften müssen sämtliche geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorlegen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist darzustellen.

III.1.4. Contract performance conditions

The performance of the contract is subject to particular conditions: yes

Description of particular conditions: Das Einverständnis zur Personenüberprüfung der an der Auftragsdurchführung beteiligten Personen wird vorausgesetzt und mit Beauftragung verlangt.

III.2. Conditions for participation

III.2.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Erklärungen und Nachweise zu § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis d) VOF (vgl. Pkt. 8 „Allgemeiner Bewerbungsbogen“ sowie „Bewerbungsbogen geforderter Erklärungen“)

Die erforderlichen Nachweise und Erklärungen sind zwingend mit den vorgegebenen Formblättern zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Erklärungen des Bewerbers durch entsprechende Bescheinigungen der Auftraggeber bzw. Rücksprache bei den zuständigen Stellen bestätigen zu lassen. Bei fremdsprachlichen Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Bewerbungen durch eine Bewerbergemeinschaft sind die nachstehenden Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizubringen.

Folgende Bewerbungsunterlagen zur persönlichen Lage sind in der vorgenannten Form einzureichen:

— Vollständig ausgefüllter und vom Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/oder dem bevollmächtigten Vertreter rechtsverbindlich im Original unterschrieben und abgestempelter Bewerbungsbogen. Benennung des Ansprechpartners für die Bewerbung mit Telefonnummer. (Ausschlusskriterium);

— Nachweis der Berufszulassung und Berufsausübungsberechtigung durch Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. – bei ausländischen Bewerbern – eine entsprechende Bescheinigung des Herkunftslandes. (Ausschlusskriterium);

— Eigenerklärung gem. § 4 Abs. 2 VOF (vgl. Pkt. 7 „Allgemeiner Bewerbungsbogen“) über die wirtschaftliche Verknüpfung mit Unternehmen bzw. die Zusammenarbeit mit Anderen. (Ausschlusskriterium);

— Erklärung/Nachweis zum Ausschluss der Tatbestände des § 4 Abs. 6 und 9 VOF. (vgl. Pkt. 8 „Allgemeiner Bewerbungsbogen“ sowie „Bewerbungsbogen geforderter Erklärungen“) (Ausschlusskriterium);

— Angaben zur Mitarbeiterstruktur in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren und aktuelle Anzahl der Mitarbeiter in dem Büro/Niederlassung des Bewerbers, von der aus der Auftrag bearbeitet werden soll. (Ausschlusskriterium);

Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer aus rechtlichen Gründen nicht auch als direkter oder indirekter Beteiligter eines Bieters am VOB-Verhandlungsverfahren (PPP) teilnehmen kann.

III.2.2. Economic and financial ability

List and brief description of conditions: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben und Nachweise nach § 5 Abs. 4 ggf. § 5 Abs. 6 VOF (vgl. Pkt. 10 und 11 „Allgemeiner Bewerbungsbogen“) Die erforderlichen Nachweise und Erklärungen sind zwingend mit den vorgegebenen Formblättern zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Erklärungen des Bewerbers durch entsprechende Bescheinigungen der Auftraggeber bzw. Rücksprache bei den zuständigen Stellen bestätigen zu lassen. Bei fremdsprachlichen Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Bewerbungen durch eine Bewerbergemeinschaft sind die nachstehenden Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizubringen:

2.2.1

Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 5 Abs. 4a VOF. Sofern aktuell keine Versicherungsdeckung in der unter Ziffer III.1.1) geforderten Höhe besteht, hat der Bewerber eine Erklärung seines Versicherers vorzulegen, in der die Versicherungsfähigkeit in der

geforderten Höhe bestätigt wird. (Ausschlusskriterium)

2.2.2

Verbindliche Erklärung gemäß § 5 Abs. 4c VOF. Angabe des Gesamtumsatzes mit mindestens 600 000 EUR/Jahr (netto) des Bewerbers und seinen Umsatz von vergleichbaren Leistungen (gemäß II 1.5)) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

(Ausschlusskriterium)

Kann ein Bewerber aus wichtigem Grund die vom Auftraggeber geforderten Nachweise nicht beibringen, kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit auch durch Vorlage anderer für geeignet erachteter Belege nachweisen (§ 5 Abs. 4 VOF)

(Auswahlkriterium, Wichtung 10).

III.2.3. Technical and professional ability

List and brief description of conditions:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die erforderlichen Nachweise und Erklärungen sind zwingend mit den vorgegebenen Formblättern zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Erklärungen des Bewerbers durch entsprechende Bescheinigungen der Auftraggeber bzw. Rücksprache bei den zuständigen Stellen bestätigen zu lassen. Bei fremdsprachlichen Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Bewerbungen durch eine Bewerbergemeinschaft sind die nachstehenden Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizubringen:

Die Eignung ist nach § 5 Abs. 5 durch folgende Nachweise zu erbringen:

2.3.1

Erklärung nach § 5 VOF Abs. 5 d), aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber in den letzten 3 Jahren Beschäftigten und die Anzahl der mit entsprechenden Leistungen betrauten Mitarbeiter in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist.

Mindestanforderung für die Zahl der Beschäftigten: 10 Mitarbeiter (Ausschlusskriterium)

Mindestanforderung für die Zahl der mit entsprechenden Leistungen betrauten Mitarbeiter: 4 festangestellte Ingenieure im Mittel der letzten 3 Jahre. (Ausschlusskriterium)

2.3.2

Angaben und Nachweise nach § 5 Abs.5 a) VOF für die berufliche Befähigung und Qualifikation des Projektleiters und seines Stellvertreters.

Für die genannten Personen muss sichergestellt sein, dass sie im Auftragsfall dem Projekt zur Verfügung stehen.

(Auswahlkriterium 2.3.1 + 2.3.2, Wichtung 15)

2.3.3

Angabe des Auftragsanteiles sowie des Dienstleisters, für den der Bewerber möglicherweise einen Unterauftrag zu erteilen beabsichtigt. Erklärung nach § 5 VOF Abs. 5 h), ob und welche Unteraufträge erteilt werden.

Ist es beabsichtigt Unterauftragnehmer für Leistungsbereiche zu benennen, so sind für die Unterauftragnehmer alle vg. angeführten Angaben und Formalitäten gleichfalls vorzulegen.

2.3.4

Angaben nach § 5 VOF Abs. 5 b) zu genau 3 vergleichbaren Referenzprojekten mittels „Referenzbogen“, für die in den letzten 5 Jahren vergleichbare Leistungen erbracht wurden, mit Kurzbeschreibung des Projektes, Angabe der Nutzung, der Projektgröße in m² NF1-7 und Baukosten, der Bau- und Leistungszeit, des Leistungsumfangs (Projektstufen und Handlungsbereiche), der zuständigen Niederlassung sowie Projektleiter aus dem Bewerberbüro, der Referenzperson beim Auftraggeber, der Bescheinigung des Auftraggebers gem. § 5 VOF Abs. 5b über die erbrachte Leistung sowie ein Projektblatt (Format DIN A4,

max. 3 Seiten) mit Darstellung des Referenzprojektes. Dem Auftraggeber ist es wichtig, dass die Leistung der energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden nachgewiesen wird.

Mindestanforderung an alle Referenzprojekte:

- sie müssen einen gewissen Leistungsstand aufweisen, d. h. Baubeginn vor 1/2015,
- sie dürfen nicht älter als 5 Jahre sein, d.h. der Bau nach 08/2010 abgeschlossen,
 - Nutzfläche der Referenz größer 7 500 m² (NF 1-7),
- für Referenzen muss mindestens eine Beratungsphase gem. II.1.5) erbracht sein,
- Investitionssumme Baukosten KG 100 – 700 je Referenz größer 10 000 000 EUR (brutto) (Auswahlkriterien, Wichtung 75).

III.2.4. Information about reserved contracts

III.3. Conditions specific to services contracts

III.3.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession: yes

Reference to the relevant law, regulation or administrative provision: Teilnahmeberechtigt für baulich-technische Beratungsleistungen sind Personen, die als Berufsbezeichnung den Beruf des Architekten und / oder Ingenieurs gemäß § 19 Abs. 1 und/oder § 19 Abs. 2 VOF nachweisen können.

Für juristische Personen gilt § 19 Abs. 3 VOF.

III.3.2. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract: yes

Section IV: Procedure

IV.1. Type of procedure

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated

Some candidates have already been selected (if appropriate under certain types of negotiated procedures) no

IV.1.2. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number 3: and Maximum number 5

Objective criteria for choosing the limited number of candidates: Die Wertung der Bewerbungsunterlagen erfolgt schrittweise in folgender Reihenfolge:

- Ausschluss von zu spät eingegangenen Bewerbungen,
 - Ausschluss formal unzureichender Bewerbungen (siehe auch unter VI.3)),
 - Prüfung der Einhaltung der Mindestanforderungen,
 - Prüfung und Wertung der baulich-technischen Leistungsfähigkeit,
 - Prüfung und Wertung der Referenzprojekte,
 - Ggf. Losentscheid bei gleichermaßen geeigneten Bewerbern.
- Auswahlkriterien siehe III.2.1), III.2.2) und III.2.3) sowie ergänzend gemäß den anfordernden Bewerbungsunterlagen.
- Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (III.2.2)) Wichtung 10,
 - Technische Leistungsfähigkeit (III.2.3): Mitarbeiter mit vergleichbaren Leistungen betraut Wichtung 15,
 - Technische Leistungsfähigkeit (III.2.3): 3 Referenzprojekte Wichtung 75.
- Die Wertung schließt mit der Einladung zum Bewerbergespräch ab.

Die Zuschlagskriterien der zweiten Phase werden mit der Einladung zum Verhandlungsgespräch festgelegt.

IV.1.3. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated no

IV.2. Award criteria

IV.2.1. Award criteria

The most economically advantageous tender in terms of Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

IV.2.2. Information about electronic auction

An electronic auction will be used: no

IV.3. Administrative information

IV.3.1. File reference number attributed by the contracting authority

VV.2501-4270346 - 04540183

IV.3.2. Previous publication concerning this procedure

no

IV.3.3. Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document

Time limit for receipt of requests for documents or for accessing documents: 21.9.2015 - 12:00

IV.3.4. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

22.9.2015 - 10:00

IV.3.5. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.3.6. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German.

IV.3.7. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

IV.3.8. Conditions for opening of tenders

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

VI.3. Additional information

a) Bewerbungen sind mittels vorgegebener Formblätter („Bewerbungsbogen geforderter Erklärungen“, „Allgemeiner Bewerbungsbogen“ und „Referenzbogen“) in Papierform rechtsverbindlich im Original unterschrieben und 1-fach auf Daten-CD einzureichen (siehe III.

- 2.1)). Bewerbungen per E-Mail und / oder Telefax werden nicht berücksichtigt.
- b) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nur auf Anforderung zurückgegeben.
- c) Im Falle von Bewerbergemeinschaften bei Unternehmen nach § 5 Abs. 5 h oder Abs. 6 VOF sind die Formblätter „Bewerbungsbogen“ inkl. der geforderten Anlagen und Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. von jedem Nachunternehmer einzeln einzureichen.
- d) Eventuell auftretende Fragen sind spätestens bis zum 15.9.2015, 12:00 Uhr, schriftlich per E-Mail an die im Abschnitt I.1) genannte Kontaktadresse zu richten.
- Kostenfreier Download der Unterlagen auf: https://www.had.de/online suche_langfassung.html?showpub=MPDH YLM181S2IEE2
- Nachr. HAD-Ref.: 39/5787.
- Nachr. V-Nr/AKZ: VV.2501-4270346 – 04540183.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Town: Darmstadt
Postal code: 64283
Country: Germany
Fax: +49 6151125816 / 6151126834

VI.4.2. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures: Auf die Rügepflichten gemäß § 107 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

VI.4.3. Service from which information about the review procedure may be obtained

VI.5. Date of dispatch of this notice

20.8.2015